



**Gesamtpersonalrat für das Land und  
die Stadtgemeinde Bremen**



**Freie  
Hansestadt  
Bremen**

Auskunft erteilt  
Edmund Mevissen

Telefon (0421) 361 2215  
Fax (0421) 496 2215

**Bremen, den 6. März 2006**

# PRESSEDIENST

## **Personalräte unterstützen Gewerkschaftsforderungen**

### **Mevissen: Längere Arbeitszeiten gefährden Qualität**

Die Personalräte, Frauenbeauftragten und Schwerbehindertenvertrauensleute des bremischen öffentlichen Dienstes bekräftigten die Forderung nach der Übernahme des Tarifvertrags öffentlicher Dienst für alle Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten des bremischen öffentlichen Dienstes und dessen Übertragung auf die Beamtenbesoldung. Sie treten zudem für die Rückkehr zur 38,5-Stunden-Woche für alle Beschäftigten Bremens ein. Damit stellten sich die Interessenvertretungen erneut hinter die Forderungen, die 11.000 öffentlich Bedienstete in einer Personalversammlung im letzten Jahr erhoben hatten und die jetzt die Gewerkschaften in der Tarifaueinandersetzung durchsetzen wollen.

In der Personalrätekonferenz hatte zuvor die stellvertretende Leiterin des ver.di-Landesbezirks Bremen-Niedersachsen, Marita Rosenow, über die bundesweiten Streiks im öffentlichen Dienst berichtet und die Verhandlungssituation erläutert, die wegen des Ausscherens der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) aus der Modernisierung des Tarifrechts für den öffentlichen Dienst im letzten Jahr besonders kompliziert ist. Rosenow kritisierte die Blockadehaltung des Verhandlungsführers der TdL, Möllring, und bezeichnete die Streiks als gerechtfertigt und notwendig, um mit langem Atem die Forderungen durchzusetzen.

Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Edmund Mevissen, verwies auf die umfangreichen Kürzungen, die es bereits in der Vergangenheit im bremischen öffentlichen Dienst gegeben habe. „Wer jetzt noch weniger Beschäftigte noch mehr arbeiten lassen will, muss wissen, dass die Kolleginnen und Kollegen dies nicht hinnehmen werden. Das geht zu Lasten der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen in Bremen und bringt die Lebensqualität in der Stadt in Gefahr“, sagte Mevissen.

Die extreme Haushaltsnotlage, in der sich Bremen befindet, und die schlechte Situation der öffentlichen Haushalte insgesamt ist nach Auffassung der Personalräte auf zu geringe Einnahmen zurückzuführen und kann auch nur durch höhere Steuereinnahmen überwunden werden. Die in den letzten zwölf Monaten erfolgte Neuorientierung in der bremischen Haushaltspolitik deutet darauf hin, dass auch in der Politik die Erkenntnis reife, dass Personalausgaben und konsumtive Ausgaben keine beliebige Manövriermasse sind. Edmund Mevissen: „Dies muss sich jetzt auch in der praktischen Politik ausdrücken.“

